

„Mehr Anerkennung und mehr Lohn“

INTERVIEW Gesundheitsminister Jens Spahn nimmt Personalmangel in der Pflege in den Fokus

VON PETRA WETTLAUER-POHL
UND FLORIAN QUANZ

Berlin – Zum Auftakt unserer Pflegeserie haben wir mit dem auf Bundesebene für das Thema zuständigen Ressortchef Jens Spahn (CDU) gesprochen. Wir trafen den Gesundheitsminister in seinem Büro in Berlin.

Herr Spahn, was ist ihr vordringlichstes Anliegen in der Pflege?

Ich möchte den Arbeitsalltag der Pflegekräfte spürbar besser machen. Mit mehr Kolleginnen und Kollegen. Mit mehr Zeit für die Pflegebedürftigen. Mit mehr Anerkennung und höherem Lohn. Mit mehr Freude am Beruf. Dann bekommt Pflege auch ein besseres Image. Wenn heute ein Kind sagt, es möchte Altenpfleger lernen, verdrehen selbst gestandene Pflegekräfte die Augen. Das müssen wir ändern.

Aber Pflege Themen sind zurzeit in aller Munde, wurden sie in der Vergangenheit vernachlässigt?

Nein. Es ist ja in den letzten Jahren viel passiert. Allerdings haben wir uns zunächst einmal um die Pflegebedürftigen gekümmert. Zum Beispiel um Demenzerkrankte. Sie haben heute die gleichen Ansprüche wie Menschen mit körperlichen Einschränkungen. Das ist ein großer Gewinn. Damit entlasten wir auch die pflegenden Angehörigen. Aber jetzt sind die Pflegekräfte dran.

Apropos Pflegebedürftige: Für Hilfen im Alltag können Menschen mit Pflegegrad 1 jetzt 125 Euro im Monat bekommen. Wir haben von Lesern unserer Zeitung gehört, dass das Verfahren sehr bürokratisch ist und sehr hohe Anforderungen an die Qualifikation der Menschen stellt, die helfen sollen. Ist das Sinn der Sache?

Mein Ziel ist es, den Familien zu helfen. Manche pflegende Angehörige suchen vergeblich Hilfe. Darum sind wir mit den Ländern im Gespräch, wie Hilfsbedürftige den Entlastungsbetrag von 125 Euro einfacher nutzen können. Und ab dem 1. Mai lassen wir auch Betreuungsdienste als Leistungserbringer zu. Die pflegen nicht, sondern helfen im Haushalt oder gehen mit dem Pflegebedürftigen spazieren. Natürlich muss man auch dafür qualitative Anforderungen erfüllen. Aber man braucht keine Ausbildung zur Pflegefachkraft.

Was steht unter Ihrer Ägide als Nächstes an?

Nachdem wir die Leistungen für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige verbessert haben, gehen wir jetzt die Situation der Pflegekräfte an.

Da fallen schöne Worte wie „Konzertierte Aktion“ oder „Masterplan“ an. Was steckt dahinter?

Es fehlen überall Pflegekräfte. Da müssen wir etwas tun,



ZUR PERSON

Jens Spahn (38) ist seit März vergangenen Jahres Bundesgesundheitsminister. Der Münsterländer Christdemokrat gehört dem Bundestag bereits seit 2002 an, bis 2015 war er Mitglied des Gesundheits- und des Haushaltsausschusses, danach Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium. Spahn wird zum konservativen Flügel der CDU gerechnet, er hatte sich neben Annegret

Kramp-Karrenbauer und Friedrich Merz im Dezember 2018 um den CDU-Vorsitz beworben und schied im ersten Wahlgang aus. Der gelernte Bankkaufmann und Politikwissenschaftler hat während seiner Abgeordnetentätigkeit an der Fernuni Hagen studiert. Spahn ist seit 2017 mit dem Leiter des Berliner Hauptstadtbüros der Zeitschrift Bunte, Daniel Funke, verheiratet. FOTO: BMG/NH

egal, wie man es nennt. Mir ist wichtig, dass wir nicht nur Broschüren drucken, sondern dann auch liefern.

Was bedeutet das konkret?

Die Ausbildungszahlen sind schon auf Rekordniveau, wir wollen sie aber noch mal um 10 Prozent erhöhen. Wir wollen Menschen, die den Beruf verlassen haben, zurückgewinnen. Und die Arbeitsbedingungen so verbessern, dass die eine oder andere Teilzeitkraft wieder gerne Vollzeit arbeitet. Außerdem werden wir auch Fachkräfte aus dem Ausland benötigen. Bei deren Vermittlung müssen wir besser werden.

In der Praxis hört man, dass es Sprachbarrieren gebe, wie gehen Sie das an?

Natürlich müssen Pflegekräfte mit ihren Patienten sprechen können. Dafür brauchen sie ein gewisses Sprachniveau. Kluge Arbeitgeber helfen dann mit, dass sich das weiter verbessert. Fest steht, dass wir in der Pflege wie in vielen anderen Branchen auch auf ausländische Fachkräfte angewiesen sind.

Die Rede ist immer nur von Fachkräften, wie sieht es mit Hilfspersonal aus?

Pflegehilfskräfte gehören längst zum Alltag in den Pflegeeinrichtungen, genauso wie Betreuungskräfte. Beide entlasten die Pflegefachkraft, indem sie die Tätigkeiten übernehmen, für die man keine ausgebildete Pflegekraft sein muss. Das sorgt übrigens auch dafür, dass der Beruf für die Fachkräfte attraktiv bleibt. Es kommt auf den richtigen Mix an.

Wie stehen Sie zur Akademisierung der Pflege?

Unsere Ausbildung mit ihrem hohen Praxisanteil ist auch im Ausland hoch angesehen. Wenn es um zusätzliche Aufgaben geht, zum Beispiel im Management, ist die Akademisierung als Ergänzung sinnvoll. Aber der Mensch fängt nicht erst beim Bachelor an.

Viele Pflegekräfte fürchten, dass sie den Beruf nicht bis zur Rente ausüben können, weil er so anstrengend ist.

Darum verbessern wir die Arbeitsbedingungen. Wir finanzieren mehr Stellen in Pflege-

tern. All das macht den Beruf wieder attraktiver.

Sie setzen also auf besseres Management?

Ich sehe auch die Arbeitgeber in der Pflicht, ja. Wer als Pflegedienstleitung auf einmal für 20 oder 30 Leute verantwortlich ist, muss vorher qualifiziert worden sein.

Pflege ist ein Beruf, zu dem sicher auch Berufung gehört. Wehren sich die Pflegekräfte selbst nicht genug gegen schlechte Arbeitsbedingungen?

Durch den Personalmangel sitzen Pflegekräfte am längeren Hebel. Wer heute mit dem Arbeitgeber unzufrieden ist, findet um die Ecke neue Angebote. Damit sich grundsätzlich etwas ändert, muss man sich aber organisieren. Sei es in einer Pflegekammer oder Gewerkschaft.

Was immer verbessert wird, es wird auch teurer. Welche Rolle spielt der von Ihrem Vorgänger Hermann Gröhe installierte Versorgungsfonds in der Pflegeversicherung?

Die Pflegeversicherung ist die einzige Sozialversicherung, in der wir heute schon etwas für später zurücklegen. Letztes Jahr sind 1,4 Milliarden Euro in den Fonds geflossen. Wir legen das Geld langfristig an, um die höheren Kosten für die Babyboomer-Jahrgänge abzufedern. Das allein wird aber nicht reichen. Darum brauchen wir eine Debatte darüber, wie wir die Pflege künftig finanzieren.

Wie stehen Sie zur Entwicklung der Pflegeversicherung zu einer Vollkasko-Versicherung, etwa wie bei der Krankenkasse?

Wir haben in der Großen Koalition vereinbart, dass die Lohnnebenkosten nicht über 40 Prozent steigen sollen, damit wir wettbewerbsfähig bleiben. Wir sind bereits bei 39,65 Prozent. Wer Vollkasko will, muss auch sagen, wo das Geld herkommen soll.

Man würde doch Sozialhilfeausgaben sparen und den alten Menschen eine erniedrigende Situation, wenn der Staat Zuschüsse an die Pflegekasse zahlt. Moment einmal: Die Zahl derer, die Sozialhilfe zur Pflege

in Anspruch nehmen, ist gesunken. Das ist ein Erfolg der Reform der Pflegeversicherung. Klar ist aber, dass die Kosten künftig weiter steigen. Deshalb werden wir uns auch darüber Gedanken machen müssen, wie wir das finanzieren.



Aber schon heute kann mancher mit einer guten Rente einen Pflegeplatz im Heim nicht bezahlen, das wird ja nicht besser.

Wer Unterstützung braucht, der bekommt sie. Das betrifft aber wie gesagt derzeit immer weniger Menschen als noch vor einigen Jahren. In der stationären Pflege ist der Anteil der Sozialhilfeempfänger so niedrig wie zuletzt 2007. Dennoch bleiben wir ja nicht untätig: Für die betroffenen Angehörigen wollen wir als Bundesregierung die Freigrenzen zur Einkommensanrechnung noch einmal anheben.

Solange einer der Partner im Eigenheim wohnt, soll er da aus meiner Sicht auch bleiben können. Das eigene Vermögen im Alter teilweise mit einzusetzen ist aber auch eine Frage der Gerechtigkeit. Warum soll eine Verkäuferin, die nie groß sparen konnte, mit ihren Beiträgen dabei helfen, dass andere ihr Erbe vollständig erhalten können?

Herr Spahn, Sie sagen, Sie möchten bei Ihren Themen gerne über die Legislaturperiode hinausblicken. Wie lange sind Sie noch Gesundheitsminister in dieser Koalition?

Bis zum Ende dieser Legislaturperiode.

Sie werden sich also dafür einsetzen, dass die Koalition hält?

Natürlich. Wir schaffen doch auch viel. Denken Sie an die Pflege, die Erwerbsminderungsrente, das Wohnungspaket, die Kitas und den Digitalpakt. Ich würde mir wünschen, dass wir mit unseren Erfolgen selbstbewusster umgehen. Nur so gewinnen wir das Vertrauen der Menschen in die Politik zurück.

Nennen Sie uns ein konkretes Beispiel für einen Erfolg?

Nehmen Sie die Wiederherstellung der Parität bei den Zusatzbeiträgen der Krankenversicherung, ein Uranliegen der SPD. Man könnte das doch wenigstens ein paar Tage feiern und sich freuen. Die Tendenz unseres Koalitionspartners ist aber zu sagen „Schön, aber es reicht nicht“. Das führt nicht weiter. Die Menschen sollen doch merken, dass wir einen Unterschied machen in ihrem Alltag. » POLITIK



Locker im Büro: Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) im Gespräch mit unseren Redakteuren Petra Wettlaufer-Pohl und Florian Quanz im Ministerium an der Friedrichstraße in Berlin. FOTO: NH